

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 22 (1981)
Heft: 11

Artikel: Tötet noch mehr Bullen : Polizei im Visier
Autor: Sager, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094451>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Polizei im Visier

Tötet noch mehr Bullen

Diese Aufforderung prangte in grossen Lettern am Basler Autonomen Jugendzentrum (AJZ). Sie ist keine isolierte Erscheinung geblieben.

Ebenfalls in Basel wurde in 30 cm hohen, roten Buchstaben ein Warenlift beschmiert: «Ich lebe, um die Bullen verrecken zu sehen.» An einem Lausanner Haus steht der Satz: «Un bon flic est un flic mort.» In Zürich selbst hat der Spruch «Macht aus dem Staat Gurkensalat» die Bewegung so richtig in Bewegung gesetzt. Eine Aufschrift in Bern besagte kurz und bündig: «Dreckbullen», eine andere rät: «Haut die Bullen flach wie Stullen», derweil am Eingang zum Büro des Stadtpräsidenten zu lesen war: «Kill the pigs.» Mit der Kenntnis der deutschen Sprache ist es nicht immer so weit her; in der Zeitglocken-Durchfahrt hatte einer selbstsicher hingemalt: «Frefel gegen die Polizei.»

Echolose Aufwiegelung?

Solche Aufwiegelungen sind vom Bürger merkwürdig reflexlos hingenommen worden. In der Bewegung selbst haben sie allerdings gezündet: Die Polizei ist zum Feindbild aufgebaut worden. Der Bürger sieht sich aus der Schusslinie herausgenommen, kehrt sich ab und hat schliesslich das Gefühl, dass bei der Polizei doch irgend etwas nicht stimme. Wäre das erst behoben, so redet er sich gerne ein, könnte der Friede wieder einkehren. Eine fast unüberbietbare Naivität jener Leute, die sich eigentlich als Träger der offenen Gesellschaft verstehen oder doch wenigstens fühlen müssten.

Wilhelm Röpke hat diese Erscheinung ins Auge gefasst. Wenn die Standpunkte beliebig werden, schrieb er einmal, «so ist es Zeit, Alarm zu schlagen. Die Reflexe arbeiten nicht mehr, und wir haben dann den Zustand der Aufweichung aller Normen und Werte, ohne die auf die Dauer keine Gesellschaft bestehen kann. Es schwindet die Ehrfurcht, aber am andern Ende der Wertskala schwindet ebenso sehr das Vermögen der bedingungslosen und sich auf nichts mehr einlassenden Entrüstung».

Einäugige Entrüstung

Die Fähigkeit zur Entrüstung scheint tatsächlich abhanden gekommen. Oder ist sie bloss einäugig geworden?

Wenn wir uns vorstellen, an einer Hausmauer zu lesen: «Tötet noch mehr Krawallbrüder», oder «Ich lebe, um die Demonstranten verrecken zu sehen», oder «Dreckjugendliche», dann wäre die Entrüstung auch in den Gazetten und vor allem im Fernsehen überaus laut. Zu Recht. Da würde

von Rechtsextremismus und von Faschismus gesprochen und geschrieben.

Aber warum nehmen wir dann die Anpöbeleien gegenüber unserer Polizei reaktionslos hin, nur weil sie von den «Linksextremisten» kommen? (Als ob die «rechtsextremistische» Nazijugend sich zur Zeit der Weimarer Republik nicht genauso benommen hätte.) Warum protestieren viele Zeitungen so lendenlahm, warum sind ihre Redaktionen nicht mit Leserbriefen von protestierenden Bürgern überschwemmt? Können wir uns nicht mehr rundum entrüsten, wo Anlass gegeben ist? Wenn der Strom falsch läuft, müssen wir allemal mit ihm schwimmen?

Bloss so eine Erscheinung?

Entrüstung ist unbequem, weil sie zum Motiv einer Stellungnahme wird. Daher verdrängen allzu viele Bürger allzuerst den Anlass zur Entrüstung. Deshalb tritt recht rasch — um nochmals mit Röpke zu sprechen — «an die Stelle der Empörung, die keine Entschuldigung anerkennt, das Interessantfinden, das Werben um Verständnis, die Heiligung der Mittel zum Zweck, die zynische Erfindung von Rechtfertigungstheorien und der snobistische Flirt mit dem Abnormen».



Importeur feiner Qualitätsweine

Feinste Qualitäten werden im In- und Ausland ausgesucht und in unseren Kellereien gepflegt. Erfreuen Sie sich und Ihre Gäste mit einem edlen Tropfen! Verlangen Sie bitte unsere Preisliste.

Vins Hess Weine
Bern - Steinhölzli Telefon 031/53 85 55

Bei diesen Wandschmierereien handelt es sich nicht um vorübergehende Erscheinungen. Ihre Auswirkungen sind so bald nicht überwunden. Sie sind Symptome, nicht Ursachen. Diese liegen tiefer.

Die Psychologie kennt den Begriff des «Bahmens»; er bedeutet ebenen, (von Hindernissen) freimachen, damit auch ermöglichen. Gemeint ist die Wirkung einer extremen Forderung oder Tat, die unwiderrprochen oder ungesühnt bleibt, deshalb zunächst abstumpft und darum sogar zur Nachahmung einlädt.

Hitler und Stalin sind die schlimmsten Beispiele. Mit Konzentrations- und Arbeitslagern, Judenmorden und Säuberungen haben sie Wege freigemacht, die vor ihnen verschlossen schienen. Sie sind von keiner genügenden Welle der Entrüstung und Empörung in die Schranken gewiesen worden. Sehr zum Schaden der Bürger, die sich verkrochen hatten, statt den Anfängen zu wehren.

Feindbild Polizei

Ob den historisch wohl schlimmsten Beispielen darf man die Gegenwart nicht vergessen. Die Schmierereien gegen die Polizei seit dem 30. Mai 1980 sind die Folge einer Infragestellung und gar Anrempelung unserer Ordnungskräfte, die bereits in den sechziger Jahren einsetzte und 1968 einen ersten Höhepunkt erreicht hatte. Die gegen die Polizei und übrigens auch gegen Armee und Staat gerichteten Forderungen und Taten sind meist unwiderrprochen und ungesühnt geblieben und haben dadurch «gebahnt».

Teppiche als Kunstwerke.

Wir haben im Orient Teppiche gefunden, die so einzig sind in ihrer Art, so wertvoll und schön, dass sie die Bezeichnung Kunstwerk ohne weiteres verdienen.

Weil sie so selten, alt und kostbar sind, haben wir diese Teppiche in einer Sammler-Kollektion zusammengefasst.

Wenn Sie Ihr gutes Geld in wertbeständigen, heute noch günstigen Teppichen anlegen wollen, sollten Sie das lieber heute als erst morgen tun.

Geelhaar

W. Geelhaar AG, Thunstrasse 7, 3000 Bern 6
Marktgasse 42, 3011 Bern
Teppich-Showroom Zürich, Zweierstr. 35, 8004 Zürich

Eine ansehnliche Reihe von Büchern sind verlegt worden, in denen die Polizei als das Schreckensgespenst einer freien Gesellschaft dargestellt wurde. Ein Beispiel ist etwa das von der Sozialdemokratischen Partei der Stadt Zürich herausgegebene Buch «Eine Stadt in Bewegung», das «Materialien zu den Zürcher Unruhen» zu vermitteln vorgibt, mit einseitig ausgewählten Photos, Leserbriefen und Artikeln jedoch Stimmung gegen die Polizei macht.

Ein anderes Beispiel. In Luzern gibt es einen Beratungsdienst «Jugend und Gesellschaft», der eine gleichnamige Zeitschrift herausgibt. Die Nummer vom Oktober 1980 war dem Thema «Die Polizei — dein Freund und Helfer? Dein Feind und Hetzer?» gewidmet. Darin stehen Sätze wie: «Polizeilicher Zwang ist ein unentbehrliches Instrument politischer Herrschaft... Zwang ist ein hervorstechendes Arbeitsmittel der Polizei... Die Polizei ist eine zentrale Institution öffentlicher Gewalt... Mit erschreckender Deutlichkeit zeigt die Polizei in Strategie und Gebaren, in der Ausrüstung und im konkreten Verhalten einzelner Beamter — zwar im Auftrag der Exekutive — ihr Gesicht von Brutalität... Brutalität ist infektiös, Gewalt steckt an. Natürlich haben die Jungen angefangen zu provozieren, aber die unglaubliche Aufheiztaktik geht zu Lasten der Polizei...» Das Ganze garniert mit Karikaturen und Bildern von Polizisten in Gasmasken — eine unglaubliche Aufheiztaktik.

«Ohne Polizei kein Krawall?»

In der klassischen Fabel ist es der Dieb selbst, der mit dem Ruf «Haltet den Dieb!» zu entkommen sucht. Diese Taktik hat immer wieder und auf manchen Ebenen Nachahmung gefunden. Auch bei dem Kesseltreiben gegen die Polizei. Sie wird verantwortlich an den Zusammenstößen gemacht, nicht etwa die «Jugendlichen», von denen die meisten ohnehin über 20 sind und sich in anderen Zusammenhängen verbitten würden, als Jugendliche bezeichnet zu werden.

Diese haben zwar angefangen, «aber die unglaubliche Aufheiztaktik geht zu Lasten der Polizei». So einfach ist das.

Das gleiche Thema wurde von der Bewegung und ihren Anhängern in zahllosen Abwandlungen eingehämmert. Im genannten Buch, von der SP-Zürich herausgegeben, wurde u. a. aus einem Beschwerdebrief an den Zürcher Polizeivorstand Frick folgende Passage zitiert: «Wir fragen uns, ob es gerechtfertigt ist, dass die Polizei bürgerkriegsähnliche Zustände anzettelt, um eine unbewilligte, aber friedliche Demonstration von 200 bis 300 Jugendlichen zu verhindern, die allerhöchstens an einigen Punkten den Verkehr für kurze Zeit lahmgelegt hätte?» In einer Debatte im Berner Stadtrat behauptete ein Neulinker, die Polizei sei für sämtliche Zerstörungen durch Jugendliche verantwortlich; wo die Ordnungshüter nicht auftauchten, gehe es friedlich zu. Der Aermste wurde gleich anschliessend widerlegt, als ein von der Polizei unbehelligter Demonstrationszug vor dem Rathaus zu randalieren begann, Sachbeschädigungen verursachte und unbeteiligte Personen bedrohte.

Auch das von der SP-Zürich verlegte Buch wurde widerlegt. Von SP-Parteipräsident Helmut Hubacher persönlich. Als sich «Neulinke» an 1. Mai-Umzügen sogar an «Altlinken» vergriffen, hat es gezündet. Helmut Hubacher verlangte sofort «mehr Härte gegen den harten Kern, zeigt diesen Krawallanten die rote Karte, zieht sie aus dem Verkehr». Und von wem, bitte schön, verlangt Herr Hubacher diese Härte, wenn nicht richtigerweise von der Polizei und von den Gerichten?

Verlust der Proportionen

Die Polizei wird einerseits von den Unzufriedenen angegriffen und auf oft unflätige Weise provoziert. Andererseits wird sie von zum Teil auch schon verängstigten Richtern oder politischen Einsatzleitungen fallengelassen. Und die Bürger belibien, abseits zu stehen; sie merken

wieder einmal nicht, dass den Anfängen gewehrt werden müsste.

Begreiflich, dass die Polizisten die Nase voll haben. Wie die Basler Polizeibeamten, die in einem Brief an ihren Kommandanten fragten, ob Demo-Einsätze überhaupt noch geleistet werden sollen. «In der Tat ist es doch so, dass wir jeweils im Nachhinein von den Massenmedien, ja selbst von unserer Justiz, zum Prügelknaben gemacht werden... Was aber das Fass zum Ueberlaufen bringt, ist die Tatsache, dass den Krawallanten Unschuldbestätigungen und Genugtungssummen von je Fr. 100.— zuerkannt wurden, wegen ungerechtfertigter Strafverfolgung...»

Wenn ein Polizist — ein Mensch wie jeder andere auch — bis aufs Blut provoziert, einmal die Nerven verliert, dann ist der «Fall» geschaffen, der flugs verallgemeinert wird und zum Nachweis für das Versagen der ganzen Polizei herhalten muss. Mit dieser Taktik des Rufmordes, lange genug angewendet, bleibt einiges hängen, das Volk wird verunsichert und beginnt, sich von der Polizei abzuwenden.

Die Oeffentlichkeit — und auch die Richter — müssten sich eines doch entscheidenden Umstandes bewusst bleiben: Die Polizei stellt die Rechtsordnung wieder her, notfalls mit sekundärer Gewalt; wenn sie von primären Gewaltanwendern dazu provoziert worden ist. Das ist ihr Auftrag, und den hat sie vom Volk.

Zwei Fälle

Ein Polizist versuchte, einen Fahrer mit frisiertem Mofa anzuhalten. Der Fahrer flüchtete, worauf der Polizist vier Warnschüsse auf die Strasse abgab, ein Abpraller verletzte den Jugendlichen schwer. Eine unüberlegte Handlung, vielleicht, mit einer schlimmen Folge, gewiss. Sie musste geahndet werden. Der Polizist wurde zu acht Monaten Gefängnis verurteilt. Das jedoch ist zweifellos eine übermässig harte Strafe.

Der Mofa-Fahrer hielt auf den Befehl des Polizisten hin nicht an. Das ist eine Provokation, und keine leichte. Denn hätte sich das der Polizist gefallen lassen, so wäre einmal mehr dafür gebahnt worden, dass man der Polizei jedes Schnippchen straflos schlagen darf. So verliert sie ihre Autorität und kann dann ihren Ordnungsauftrag nur noch unter vermehrter Gewaltanwendung wahrnehmen. Was, wenn ein flüchtender Mofa-Fahrer nicht bloss auf einem frisierten Mofa sitzt, sondern Waffen oder Heroin transportiert?

Ein anderer Polizist verpasste einem provozierenden Demonstranten, der mit etwa 70 Kollegen ohne Fahrkarten von Zürich nach Bern reiste, eine Ohrfeige. Der Polizist wurde disziplinarisch und strafrechtlich — also doppelt — bestraft und musste insgesamt Fr. 450.— bezahlen. Auch das eine übermässig hohe Strafe.

Schuldunterstellung

Mit ins Bild gehört der Umstand, dass einige grosse Zeitungen sowie die Monopolmedien die Polizei bis auf den Beweis des Gegenteils als schuldig betrachten: eine Umkehrung der rechtsstaatlichen Beweislast. Wie empfindlich das Fernsehen reagiert hat, als drei Mitarbeiter in Untersuchungshaft genommen wurden, bleibt in Erinnerung. Als ob Fernsehmitarbeiter tabu wären.

Einladung zum Abonnement

Zurückzusenden an Administration ZeitBild, Jubiläumsstrasse 41, 3000 Bern 6.

Ich bestelle ein Jahresabonnement **ZEITBILD** zu Fr. 39.— (Ausland sFr./DM 42.—). Erscheinungsweise alle zwei Wochen, Umfang 12 Seiten.

Name Vorname

Strasse PLZ, Ort

Datum Unterschrift

In Basel haben Rocker einige Insassen vom AJZ angegriffen. Die Polizei stand «Gewehr bei Fuss». Nicht zum ersten Mal, übrigens. Schon am 30. Mai 1980 hat die Polizei in Zürich nicht eingegriffen, als Demonstranten einige Opernhausbesucher mit Farbe bewarfen. Weil nun einige der Basler Rocker behaupten, die Polizei hätte sie zu den Angriffen ermuntert, schreibt eine grosse Zeitung von einer «unheimlichen Allianz: Polizei und Rowdies als Partner?». Das Fragezeichen hebt die Insinuation nicht auf. Und im bereits bestehenden Klima der Staatsüberdrüssigkeit glauben viele Bürger gerne, was gegen die Polizei gerichtet ist: die dem Artikel folgenden Leserbriefe haben es bewiesen.

Der Polizei verwehrt man die nötigen Bestände, um die wachsenden Aufgaben wahrzunehmen. Die AJZler beschimpfen die Ordnungsorgane bei jeder Gelegenheit. Werden sie dann selber von Rockern angegriffen, beklagen sie sich über mangelnden Polizeischutz.

Polizei im Sandwich

In den letzten 15 Jahren haben sich allzu viele harmlos scheinende Bürger in Westeuropa als mordende Terroristen erwiesen. Das musste das Misstrauen der Polizei auch in der Schweiz fördern, wo sie ebenfalls Tote und Verletzte zu beklagen hat. Die Folge ist eine Einsatzverschärfung, an der Terroristen und Krawallisten die Alleinschuld tragen. So kommt es vor, dass eben einmal hinter einem Mofa-Fahrer Warnschüsse abgegeben, scheinbar also mit Kanonen auf einen Spatzen geschossen wird. Dann wird Zeter und Mordio geschrien: der Einsatz der Polizei sei nicht angemessen gewesen.

Wenn andererseits die Polizei einen Verdächtigen laufen lässt, der nachher Unheil anstellt, wird die Polizei der Laxheit und der Unfähigkeit geziehen. In einem Leserbrief stellte ein Bürger beispielsweise fest, dass die Polizei zuschaute, als Jugendliche Sachen beschädigten; er fügte bei: «Fortan weigere ich mich, weitere Steuern zu bezahlen, wenn ... sich unsere Polizei so defensiv benimmt.» Derartige Folgen wären von Einsatzleitungen und Gerichten ebenfalls zu berücksichtigen.

Ein Bild der Widersprüchlichkeit zeigt sich in anderen Zusammenhängen. Der Attentäter, der auf den Papst geschossen hat, bekundete diese Absicht schon 1979.

Mit einer solchen Willenserklärung konnte er in einem demokratischen Staat gar nicht in Schutzhaft genommen werden, was der Polizei nicht vorgeworfen werden kann.

Im Strafvollzug verhält es sich ähnlich. Ist ein Täter mit politischem Hintergrund verurteilt und sitzt seine Strafe ab, bildet sich zuweilen ein Komitee von Psychiatern, Psychologen und Po-

litologen, das — unterstützt von einigen Zeitungen — gegen die unmenschliche Versorgung Sturm läuft. Plötzlich wird nur noch vom armen Häftling gesprochen, der Haftlinderung, Mitgefühl und Bedauern verdiene — seine Opfer aber sind glatt vergessen.

So wird mit Gefühlen gespielt, um die Polizei zu verunsichern. Emotionen und Affekte aber sind eine unzureichende Grundlage für sachliche Beurteilungen. Es muss immer auch die andere Seite berücksichtigt bleiben.

Entweder – oder

Entgegen den Behauptungen der Neulinken ist die Polizei in der offenen Gesellschaft nicht dazu da, die Einhaltung der Gesetze und Normen durch den Bürger zu gewährleisten. Ihre Aufgabe ist es auch nicht, allen möglichen Uebertretungen der Gesetze und Normen vorzubeugen. Solche Pflichten obliegen einer Polizei im Polizeistaat, also in den Diktaturen.

In der offenen Gesellschaft ist die Polizei dazu da, Ruhe und Ordnung zu sichern, Gesetzesübertretungen vor den Richter zu bringen und glaubwürdig angedrohte Strafhandlungen zu verhindern. Die Härte eines notwendigen Einsatzes hängt praktisch vom Vorgehen und Verhalten des Täters ab. Dieser wendet primär Gewalt an. Wenn er nicht in die Schranken verwiesen wird, fallen wir ins Faustrecht zurück: Der Stärkere wird dann regieren, und die demokratische Rechtsordnung wäre verspielt. Verspielt von Bürgern, die die Zeichen der Zeit missachten und den Anfängen nicht zu wehren bereit sind und in der Folge wieder einmal die Rechnung selber berappen müssten.

Ordnung um jeden Preis?

So wie die Ordnungskräfte der Demokratie zunehmend in Frage gestellt werden, wird auch der Begriff der «Ordnung» lächerlich gemacht. Ordnung um jeden Preis gibt es in der Diktatur;

dort herrscht denn auch die Friedhofruhe des Polizeistaates. Eben das ist die Alternative zur Demokratie und ihrer relativen Ordnung. Relativ ist die demokratische Ordnung, weil sie vom Volk verändert und neu gestaltet werden kann, und zwar mit demokratischen Mitteln. Das setzt Volksmehrheiten voraus, ganz einfach deshalb, weil es keinen Grund gibt, dass Minderheiten über Mehrheiten beschliessen sollen. Allerdings müssen Minderheiten berücksichtigt bleiben.

In diesem Sinne ist relative Ordnung die Voraussetzung der relativen Freiheit, wie sie in der Demokratie verwirklicht ist. An ihre Stelle könnte nur ein Chaos treten, das früher oder später durch die absolute Ordnung einer geschlossenen Gesellschaft abgelöst würde.

So ist die Polizei notwendig. Es genügt jedoch nicht, sie als notwendig zu betrachten. Man muss auch dann zu ihr stehen, wenn sie angegriffen wird, wie zum Beispiel von den Krawallisten, ohne Angst zu haben, deshalb als Faschist beschimpft zu werden. Der Nationalsozialismus jedenfalls kam deshalb an die Macht, weil zuviele Bürger schliefen, den Anfängen nicht wehrten, die Randalierer gewähren liessen und die Weimarer Polizei zu wenig unterstützten.

Dass einem Polizisten auch einmal die Nerven durchgehen können, ist um so verständlicher, je gröber er provoziert wird. Aber dann sollten solche Fehler als Ausnahmen, die sie sind, beurteilt werden. Eine Gemeinschaft kann nicht überleben, wenn Angriffe gegen sie milder beurteilt werden als Massnahmen zu ihrer Verteidigung.

Es ist in den letzten Jahrzehnten in unserem Lande mehr Unheil entstanden, weil die Polizei nicht hart und rasch genug durchgreifen konnte, als weil sie zu hart zugepackt hat. Auch das ist zu bedenken. In der offenen Gesellschaft — und nur in ihr — hat ein Volk auf die Dauer die Polizei, die es verdient.

Peter Sager

STEIGER
DRUCK AG
BERN



Moserstrasse 31
3014 Bern
Telefon 031 4127 75

... Steiger druckt's

Anlagehefte 4 1/2 %
Kassa-Obligationen 6 1/4 %

Anlageplus

Mehr Zins - Mehr Sicherheit.
Die Formel für den klugen Anleger.

(Die City Bank gehört zur Gruppe der Schweizerischen Kreditanstalt)

CITY BANK

Coupon
Bitte senden Sie mir Ihre Unterlagen über Anlageplus.

Name _____
Vorname _____
Strasse _____ ZB
PLZ/Ort _____

Einsenden an City Bank, Talstrasse 58, 8021 Zürich, Telefon 01 211 76 11